

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1.40 Mk. für die Woche, 4.10 Mk. für den Monat. Durch die Post 4.10 Mk. für den Monat. Postbezeichnung: Nr. 23885 „Sozialistischer Verlag“ r. G. m. b. H., Breslau. Fernsprechanchluss: Ring Nr. 8837.

Freitag, 1. April 1921

Anzeigenpreise: Die 8gepaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsstellen-, Familiennachrichten, Vereins- und Vertretungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 gepaltene oder deren Raum im Text 3,- Mk.

Schließt die Reihen zum Generalstreik!

Der Kampf tobt, die proletarische Vorhut steht im schärfsten Gefecht. Sie fängt in ihrer Brust die blätigen Geschosse und die giftigen Pfeile der Konterrevolution auf.

Die sozialdemokratischen Führer aber, voran die Unabhängigen, sie kennen nur eine Parole: Isoliert die Kommunisten! und die Konterrevolution nimmt gierig die Parole der Unabhängigen auf. Sie sucht die Kommunisten zu isolieren mit Belagerungszustand, Versammlungsverboten und Zeitungsverboten in Ostpreußen, in Sachsen, im Rheinland, in Baden, Bayern, Württemberg und Schlesien.

Sie sucht mit Maschinengewehren, Artillerie und Panzerzügen die kämpfende proletarische Vorhut niederzuschlagen.

Die bürgerliche Presse speit ihre Verleumdungsflut gegen die Kommunisten und die Unabhängigen spuckt in denselben Brei. Sie wollen helfen durch giftige Lügen die Kommunisten auch moralisch zu isolieren, trotzdem sie sehen, daß die Streikbewegung weit über den Rahmen des kommunistischen Einflusses hinaus um sich gegriffen hat.

Die Ausnahmegerichte wüten — die Polizei schleppt Arbeitslose ins Gefängnis, die Hände auf dem Kopf auf Lastautos durch die Straßen, die Handgranate und den Schießprügel der Grünen vor Augen — und die „Freiheit“ schilt die Polizei, sie „solle sich schämen“, die Gefangenen Transporte so aufreizend vorzunehmen. Die „Freiheit“ fürchtet, die Arbeiter könnten sich durch den empörenden Anblick mit ihren geschundenen Klassen-genossen solidarisieren.

Die Berliner Polizei mißhandelt harmlose Streikposten wirtschaftlich kämpfender, die „Freiheit“ konstatiert, dies sei „Moskowskismus“, aber sie beschränkt sich auf heuchlerisch Gesseue und Gewinsel, auf Ratschläge an die Polizei und Appell an die Einsicht der Konterrevolutionäre, damit nur ja das eine gelingen möge: die Isolierung der Kommunisten.

Aber schon haben die deutschen Arbeiter der „Freiheit“ und ihren Trabanten einen Strich durch die Rechnung gemacht. In Thüringen, in Sachsen, in Ostpreußen, an der Wasserlaute zuden die revolutionären Flammen, treten die Arbeiter in den Streik, beantworteten sie die Schläge der Konterrevolution gegen die „Isolierten“ Kommunisten, indem sie sich mit ihnen in die Front gegen die Bourgeoisie stellen.

Voran die Arbeiter von Halle haben gezeigt, wie der Kampf zu führen ist. Sie haben, als die Niederlage der Leunauer Arbeiter bekannt wurde, sofort die elektrische Stromerzeugung eingestellt. Sie sprangen mutig in die Reihe. Ihr Beispiel zeigt den einzigen Weg.

Schon kündigen die Unternehmer die Säuberung der Betriebe an. Maßlose Verflabung in den „gereinigten“ Fabriken droht der Gesamtarbeiterschaft. Sie muß um ihrer selbst willen an die Seite der kämpfenden Vorhut treten.

Nicht „Isolierung der Kommunisten“, sondern Isolierung des feigen, winselnden, vor der Bourgeoisie auf dem Bauche rutschenden unabhängigen und sozialdemokratischen Führergefindels, heißt die Lösung.

Schließt die Reihen der kämpfenden Arbeiter gegen den weißen Schrecken, gegen die Verflabung der Arbeiter, gegen die verräterischen Agenten der Bourgeoisie in den Reihen des Proletariats.

Es lebe die revolutionäre Solidarität!

Es lebe der gemeinsame Kampf aller Arbeiter!

Vor dem Generalstreik in Frankfurt.

Generalstreik in Hanau.

Gestern um 5 Uhr nachmittags fand im Gewerkschaftshaus in Frankfurt eine Rieserversammlung der dortigen Arbeiterschaft statt, und gleichzeitig wegen Ueberfüllung eine Parallelversammlung im Hofe. Nach Referaten von Nowat und Schnellbacher wurde unter großer Begeisterung ein Demonstrationsszug unternommen und der Beschluß gefaßt, den Generalstreik auszurufen.

Auch die Mehrheit der U.S.P. Frankfurts ist für den Streik.

In Hanau ist seit gestern Generalstreik.

Ostpreußen vor dem Generalstreik.

Die Arbeiterschaft Ostpreußens ist kampfbereit und entschlossen, den Kampf gegen die Konterrevolution aufzunehmen.

Schon ist der Kampf in vielen Orten entbrannt.

In Rastenburg, Soldap, Marggrabowa und Ragnit ist der Generalstreik ausgebrochen. In Löben streiken die Metallarbeiter.

An den übrigen Orten rüstet die Arbeiterschaft aller Parteien zum Kampfe. Königsberg und Elbing stehen vor dem Generalstreik.

Die Eisenbahner sind bereit, die übrige Arbeiterschaft mit allen Mitteln zu unterstützen und sich dem Generalstreik anzuschließen.

Vor allem aber herrscht in der gewaltigen Armee der Landarbeiter eine unbedingte Kampfstimmung. An vielen Orten sind die Landarbeiter schon in den Generalstreik getreten.

Generalstreik in Remscheid.

Wie uns aus Remscheid gemeldet wird, hat dort das Proletariat die gesamte Industrie stillgelegt. Eine Reihe

von Betrieben sind durch die Sipo besetzt. In gewaltigen Massenversammlungen demonstrierte das Proletariat gegen diese Provokation.

Die Landarbeiter gliedern sich in die proletarische Kampffront ein.

Die ostpreussischen Landarbeiter, die vor wenigen Tagen nach langwierigen Kämpfen einen Tarifvertrag abgeschlossen haben, mußten in den letzten Tagen feststellen, daß die Gutbesitzer die Abmachungen nicht eingehalten haben. Die Entrüstung über diesen Betrug der Gutbesitzer wuchs gewaltig. Die Meldungen von dem Kampf, den das Proletariat fast in allen Bezirken Deutschlands führte, lösten auch in Ostpreußen eine lebhaftige Kampfbewegung aus. Die Landarbeiter der Kreise Soldap, Marggrabowa und Ragnit beschloßen, in den Streik zu treten. Es ist anzunehmen, daß sich auch das Landproletariat der Bezirke Königsberg, Preußisch-Eylau, Rastenburg und Osterode dem Streik anschließen wird.

Auch die Landarbeiter Mecklenburgs haben in einer Konferenz am Ostermontag ihre Kampfbereitschaft in unzweideutiger Weise zum Ausdruck gebracht. Wir erhalten darüber folgenden Drahtbericht:

R o s t o k, den 29. März. Am Ostermontag tagte in Kleinen in Mecklenburg eine Konferenz von Landarbeitern, die sich zur 3. Internationale bekennen. Die außerordentlich stark besuchte Konferenz beschloß von der Gauleitung des Deutschen Landarbeiterverbandes zu verlangen, sofort den Kampf um die Bewilligung der ursprünglichen tariflichen Forderungen an Darlehen aufzunehmen. Sollte die Gauleitung dem Verlangen nicht Rechnung tragen, so wollen die Landarbeiter durch örtliche Kämpfe versuchen, die Durchföhrung dieser Forderung von den Agrariern zu erzwingen. Den kämpfenden Brüdern im Reich wurde die Sympathie ausgesprochen. Die Konferenzteilnehmer verpflichten sich mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß das Landproletariat Mecklenburgs und Ostholsteins in den Generalstreik eintritt.

Die Hentersarbeit beginnt — Der Generalstreik wächst!

In Mitteldeutschland wütet die weiße Justiz und Herr Ebert beeilt sich, sie durch den weißen Schrecken zu ergängen. Die Bourgeoisie hat befohlen, daß es keine Amnestie geben darf für die Proletarier, die sich mit den Waffen in der Hand gegen die Ausbeuterherrschaft erheben.

Die Bourgeoisie befiehlt, die Ebert, Hörsing, Severing gehorchen.

Die Kessel, Karloh, Bogel und wie sie alle heißen, alle die Kappverbrecher laufen frei herum, die gegenrevolutionäre Justiz spricht sie heilig und unverletzlich. Für die revolutionären Arbeiter läßt Herr Ebert Ausnahmegerichte in Berlin einsetzen. Die bürgerliche Presse schreit nach dem Blut der revolutionären Arbeiter.

Die unabhängige und sozialdemokratische Führerschaft, „Vorwärts“ und „Freiheit“ voran, sind die wahren Verantwortlichen. Sie haben die revolutionäre Erhebung als ein Verbrechen hingestellt. Sie haben das Wüten des weißen Schreckens, der weißen Justiz damit von vornherein sanktioniert. Alle nachträglichen Proteste können daran kein Haar ändern. Das Blut, das die Nordhänden der Konterrevolution und ihre Justizmaschine vergießen, auf das Haupt der unabhängigen und sozialdemokratischen Führerschaft kommt es unweigerlich.

Die revolutionäre Arbeiterschaft täuscht sich keinen Augenblick darüber, daß das, was Eberts Justiz und Eberts Bewaffnete jetzt ausführen, nichts ist, als die Rache der Bourgeoisie und ihrer Werkzeuge. Mögen heute noch irreführte Proletarier in die Pogromhege der Bourgeoisie einfließen, das Wüten der Ordnungsbefie wird ihnen, des sind wir sicher, scheunigt die Augen öffnen über das, was vorgeht, und wird sie mahnen, endlich ihre Pflicht zu erfüllen, endlich die proletarischen Reihen zu schließen, endlich die proletarische Solidarität gegenüber der Bourgeoisie und ihren Mameluken im Lager der SPD- und U.S.P.-Führerschaft zu erfüllen.

Wir sagen den unabhängigen und rechtssozialistischen Arbeitern mit aller Deutlichkeit: Nicht nur auf das Haupt eurer Führer, auf das Haupt jedes einzelnen von euch kommt die Blutschuld, wenn ihr stillschweigend oder auch nur unter lahmten Protesten duldet, daß die Ebert, Severing, Hörsing den weißen Schrecken und die weiße Justiz gegen die Arbeiter loslassen, deren Verbrechen darin bestand, daß sie dem gesamten Proletariat vorantämpfen.

Es gibt nur einen Weg für unabhängige und sozialdemokratische Arbeiter, sich von dieser Blutschuld zu befreien: der aktive Kampf Seite an Seite mit den kommunistischen Proletariaten, um der Ordnungsbefie in den Arm zu fallen.

Der Mantel der Heuchelei, den die Severing und Hörsing den unabhängigen Feiglingen zullebe bei ihrem Henterswert umgetan haben, ist heute auch dem blödesten Auge sichtbar. Wenn der Polizeipräsident in Breslau Versammlungen unter freiem Himmel verbietet, die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ täglich konfisziert wird, wenn im ganzen Reich Kommunisten verhaftet werden, dann können nur Kinder sich darüber täuschen lassen, daß es sich um etwas anderes handelt als um das nackte Kriegsgesetz der Bourgeoisie, als um den Bürgerkrieg, so, wie die Bourgeoisie ihn versteht.

Aber trotz der beispiellosen Hege, trotz des unerhörten Verrats der unabhängigen und der sozialdemokratischen Führerschaft stehen im ganzen Reich immer neue Arbeiterscharen auf, um der Bourgeoisie und ihren Knechten die Stirn zu bieten. Der Generalstreik breitet sich aus im Norden und Süden, im Osten und Westen. In Ostpreußen stehen die Landarbeiter auf. In den Kreisen Labiau, Rastenburg, Soldap, Marggrabowa und Löben sind die Landarbeiter in den Streik getreten. In Thüringen befindet sich jetzt die Arbeiterschaft auf die Pflicht der Solidarität und tritt ebenfalls in die Bewegung ein. Im ehemaligen Königreich Sachsen beginnt der Streik sich zu entwickeln oder ist bereits im Gange, so in Reuselnitz und Borna. An der Wasserlaute tritt die Belegschaft der Aktiengesellschaft Weser in Streik.

Das Werk, das Hörsing verrichtet, wird klar gekennzeichnet durch folgende Tatsache: Eine Betriebsrätelegation der Reuselnitzer Gruben trat an Hörsing heran und Hörsing erklärte, daß er der Artillerie Befehl gegeben habe,

bei Widerstand sofort scharf zu schießen.

Die „Freiheit“ fordert eine Intervention der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien. Wir spucken auf eine Intervention der Schurken, die selbst den Weissen

Schrecken der Bourgeoisie entfesselt haben, die selbst für die Bourgeoisie das Hinterswort ausüben.

Es gibt nur eine Intervention, die nicht schlechterer Betrat ist, das ist das Eingreifen der proletarischen Massen, das ist, daß die Proletarier endlich ihren Brüdern, die der gesamten Arbeiterschaft voran kämpfen und auf die die Bourgeoisie und ihre Knechte alle Höllehundel losläßt, kämpfend an die Seite treten.

Politische Uebersicht.

Hörning redet deutlich.

Die Bergarbeiter des Meuselwitzer und Vornaer Reviers sind ebenfalls entschlossen, durch einen Streik die kämpfenden Brüder in Mitteldeutschland zu unterstützen. Eine Delegation der Betriebsräte des Meuselwitzer Reviers verhandelte mit Hörning über die Beilegung des Streiks. Hörning erklärte ihnen:

„Sagen Sie Ihren Leuten, wenn sie ihre Waffen abliefern, wird die Gegend nicht besetzt. Sonst stehe ich nicht an zu erklären, daß nach den Niederschlägen des Aufstandes im Merseburger und Mansfelder Gebiet auch das Zeitzer und Meuselwitzer Gebiet von der Sipo besetzt werden wird. Es tut mir leid Ihnen sagen zu müssen, daß ich Befehl gegeben habe, daß die Batterie Artillerie bei neuerlichen Schießereien der Arbeiter sofort scharf zu schießen hat.“

Es scheint also die seitherige Arbeitsteilung zwischen Hörning und den Offizieren, die den militärischen Kampf gegen das Proletariat führen, nicht mehr in gleicher Weise aufrecht erhalten zu werden. Bisher suchte Herr Hörning durch Amnestieverprechungen die Arbeiterschaft zur Nachgiebigkeit zu bewegen; hatte er an einzelnen Stellen Erfolg mit seinen Versprechungen, so kam wenige Stunden später ein Offizier, um die Arbeiter, die dumm genug waren, auf die Hörning-Versprechungen hereinzufallen, dem Schrecken der weißen Justiz auszuliefern. Offenbar scheint Herr Hörning jetzt selbst Angst vor den Folgen seiner betrügerischen Manöver zu haben und er redet gleich von vornherein in einer deutlichen Sprache mit den Arbeitern.

Mobilisierung der weißen Justiz.

Wo das Proletariat von den Horden der Gegenterroristen niedergedrungen ist, beginnt bereits der Schrecken der weißen Justiz. Die Regierung hat in Mitteldeutschland Ausnahmegerichte zur „Aburteilung der mit der Aufwühlbewegung zusammenhängenden Straftaten“ eingesetzt. Die bürgerlichen Zeitungen befriedigen den Nachdruck aller behabigen Bürger durch die Meldung, daß in Mitteldeutschland bereits 1400 Proletarier gefangen wurden und daß an eine Amnestie nicht zu denken sei. Auch für Berlin sollten Ausnahmegerichte gebildet sein. Die stärksten Machtmittel der Bourgeoisie stehen im offenen Kampfe gegen das Proletariat.

Artillerie gegen das Proletariat.

Der zusammenbrechende Kapitalismus sucht wie im Fieberwahn noch möglichst viele seiner proletarischen Feinde in den Abgrund des Unterganges hinabzuziehen. Die bürgerlichen Blätter Berlins melden, daß das Proletariat in Mitteldeutschland nur sehr schwach bewaffnet ist. Voll triumphierender Schadenfreude erzählen sie ihren Lesern, daß man nicht bestoener mit schwerer Artillerie gegen die Arbeiterschaft kämpfte. Allein von 74 Schuß, die gegen die 1000 Mann Besatzung des Leuna-Werkes abgegeben wurden, brachen sie.

In Komernitz hat man mit Mienenwerfern in die Reihen des kämpfenden Proletariats hineingefeuert. Je länger die Garde der Konterrorvolution gegen das Proletariat wütet kann, desto größer und schwerer werden die Opfer sein, die die Arbeiterschaft im Kampfe um den Kommunismus zu bringen hat.

Die Düsseldorf'sche Schutzpolizei als Söldlinge der Entente.

Sofort nach Beginn des proletarischen Kampfes hat die Entente der Schutzpolizei in Düsseldorf nach dem Versailles Vertrag abgelieferte Waffen wieder zurückgegeben. Die Agenten der Kapitalisten der Entente stellen sich in eine Front mit der deutschen Gegenterroristen, wenn die Gelegenheit zur Niederschlagung des deutschen Proletariats günstig ist. An Stelle der Komödie in London und Spaan, an Stelle der nationalistischen Artikel der Presse Deutschlands sowohl wie der Entente ist plötzlich die internationale Einheitsfront der Feinde des Proletariats getreten. Vor 50 Jahren hat die deutsche bürgerliche Regierung Bismarck die französischen Bourgeoisie im Kampfe gegen das Proletariat unterstützt. Heute zeigt sich die Entente noch hilfloser. Die Niederwerfung der deutschen Arbeiter ist für die Kapitalisten der Entente eine ebenso gebieterische Notwendigkeit, wie für die Deutschlands. Beide können ihre Existenz nur noch sichern, auf Kosten eines Proletariats, das sich gegen die Ausbeutung des internationalen Kapitals nicht zur Wehr setzen kann. Die Düsseldorf'sche Schutzpolizei, die sich mit den von der Entente ausgelieferten Waffen sofort in den Kampf nach Mitteldeutschland führen lassen, werden durch ihre eigenen Taten demagogisch werden, nachzudenken über die ergebende Rolle, die die Söldlinge des zusammenbrechenden Kapitalismus spielen.

Selbe Söldlinge aus Württemberg im Kampfe gegen das mitteldeutsche Proletariat.

Die gegen den Rapp-Bau kämpfenden Arbeiter des Rapp-Baus wurden vor einem Jahr in erster Linie durch württembergische Söldlinge aus Württemberg niedergedrungen. Der Rapp-Bau, der damals den württembergischen Reaktionären

Die Streifwelle steigt unaufhörlich.

Uebersicht über den Stand der Bewegung in Mitteldeutschland.

Halle. Der Streik wächst zusehends. Besonders die Halle'schen Metallarbeiter streifen restlos. Der Eisenbahnverkehr ist zum Teil schon eingestellt. Seine völlige Bahmlegung wird jede Stunde erwartet.

Halle. Ein Panzerzug ist gegen die roten Kampfformationen eingesetzt worden, wie es heißt, zur „Abwehr“ vor Bahnschwebel.

Halle. Dreitausend Arbeiter sind bewaffnet zur Unterstützung der im Mansfelder Gebiet kämpfenden abgegangen.

Borna. Der Bergarbeiterstreik in der Mitteldeutschen Braunlohlenindustrie dehnt sich weiter aus. Nur das Magdeburger und das Anhalter Revier arbeitet noch.

Eisleben. Hier scheinen die Kommunisten nach schweren und blutigen Kämpfen einer Uebermacht von Polizeitruppen nach tagelangem Widerstand vorläufig unterlegen zu sein.

Der Generalfreik im Ruhrgebiet mit voller Wucht eingesetzt.

Die Bewegung im Ruhrrevier macht große Fortschritte. In Dortmund fanden große Demonstrationen statt. Die Zahl der Streikenden beträgt dort 20000, weitere Massen schließen sich dem Streik an. In Essen ist die Zahl der Streikenden noch größer. In Düsseldorf haben sich bisher die größten Betriebe der Bewegung angeschlossen. In Hammorn befinden sich sämtliche Gruben im Ausstand. Ähnlich liegen die Dinge in den anderen Bezirken. In Gelsenkirchen umfassen die Streiks und große Demonstrationen. In Essen streikt ein Teil der Krupp-Werke.

Der Bewegung schließen sich die U.S.P. und die Syndikalisten gegen den Willen ihrer Führer an.

In der vergangenen Nacht wurde in Dortmund teilweise die Sipo entwaffnet. Bei Essen werden starke Polizeitruppen zusammengezogen. Für Dienstag ist eine allgemeine starke Beteiligung am Streik zu erwarten.

Weiter wird aus Essen gemeldet:

Die Generalfreiktruppe im Industriegebiet mit großer Begeisterung aufgenommen. Die Zentralstelle der Bewegung ist Essen. Hier fanden am Freitag und heute früh große Demonstrationen statt. Auf einer Reihe von Gruben wurde der Betrieb schon am vormittag eingestellt. Nachmittag schließen sich weitere Betriebe an. Die Zahl der Streikenden beträgt 100 000. In Remscheid ist der Streik vollständig. Aus Essen werden stärkere Polizeitruppen konzentriert. Die Stimmung der Massen ist sehr erregt. Bei Krupp feiern einzelne Betriebe. Zurzeit ist der Arbeiterrat bei Krupp zusammengetreten, wo über Teilnahme am Generalfreik beschlossen wird.

In Bochum und Dortmund ebenfalls Leistik als Beginn der Aktion. Demonstrationen finden auch hier statt.

Im Duisburger Bezirk setzt die Streikbewegung heute nachmittag ein. Im allgemeinen ist die Stimmung sehr gut und große Kampfbereitschaft vorhanden.

In Gevelsberg und Reikmann sind Kämpfe zwischen Rot- und Weißgardisten im Gange.

Essen. Nach zuverlässigen Nachrichten wurden bei dem Zusammenstoß auf dem Koppladplatz in Essen drei Angehörige der Schutzpolizei und elf Demonstranten, also vierzehn Personen getötet, sowie zehn Mann der Schutzpolizei und 36 Demonstranten verwundet.

Gevelsberg. Zurückkehrende Reisende jagen übereinstimmend aus, daß der Bahnhof Gevelsberg von Kommunisten besetzt ist, und daß zwei Maschinengewehre am Eingang des Bahnhofsummels aufgestellt sind. Die Kommunisten besitzen Bajonetts und Maschinengewehre.

Bolmarstein. Heute nacht zwischen 2 und 3 Uhr wurde ein Auto des Landratsamtes Jagen, das Plakate gegen den Generalfreik verteilte, zwischen Vorhalle

und Bolmarstein vor einer Barrikade angehalten. Etwa 100 Bewaffnete bemächtigten sich des Fahrzeuges, ehe es wenden konnte. Der Lenker wurde herausgerissen, das Auto in Betrieb genommen.

Der Generalfreik greift nach Thüringen über.

Erfurt. In einer Anzahl thüringischer Industrie- städte hat der Streik begonnen. Polizeiaktionen sind im Gange. Es werden schwere Kämpfe erwartet.

Gotha. Das Proletariat hat sich hier kampfslos in den Besitz der Macht gesetzt. Alle wichtigen Gebäude sind in den Händen der Arbeiter. Der Sicherheitsdienst wird gemeinsam von Arbeitern und zu diesen übergegangenen Sipsmannschaften versehen. Die politischen Gefangenen sind aus den Gefängnissen befreit worden.

Eisenach und Jena. Der Streik ist hier vollständig.

Erfurt. Die gesamte Sipo ist auf dem stark befestigten Petersberg konzentriert worden. Unter den Sipsmannschaften scheinen Zwistigkeiten ausgebrochen zu sein. Eine große Anzahl will gegen Arbeiter nicht schießen.

Die Lage in Berlin.

Das Polizeipräsidium lanciert folgende Meldung in der Presse:

„Der Berliner Kriminalpolizei war gestern abend bekannt geworden, daß von kommunistischer Seite ein Anschlag auf das Polizeipräsidium geplant wäre. Aus beschlagnahmten Aufzeichnungen und Mitteilungen ging hervor, daß dieses Attentat heute Nacht zur Ausführung gebracht werden sollte. Aus diesem Grunde wurden alle Vorsichtsmaßnahmen zum Schutze des Gebäudes getroffen. Die Straßenzüge um den Alexanderplatz waren heute Nacht streng abgesperrt und die Absperrung durfte nur mit Ausweisen passiert werden. Auf dem Dache des Präsidiums waren Scheinwerfer aufgestellt, die ständig die benachbarten Straßen beleuchteten. Die Eingänge waren mit Maschinengewehren gesichert. Die Besatzung der Schutzpolizei war erheblich verstärkt. Besondere Patrouillen versehen den Sicherheits- und Nachrichtendienst. Infolgedessen blieb es die Nacht hindurch ruhig. Auch für den heutigen Tag sind besondere Vorkehrungen getroffen worden. Der Zugang an der Ecke Dircßen- und Grunerstraße ist wiederum abgesperrt.“

Inzwischen ist ein Schieß-Erlaß von dem Sozialdemokraten und Minister des Innern Severing heraus gekommen, der dem bekannten Standrechtsbefehl Roskes kaum nachsteht. Es heißt da: „Bei Ansammlungen, von denen Böses zu erwarten ist, darf sofort von der Waffe Gebrauch gemacht werden.“

Berlin. Nach amtlichen Meldungen sind nicht weniger als 500 Kommunisten bereits verhaftet.

Es scheint die Absicht zu bestehen, die revolutionäre Bewegung mit den blutigsten Mitteln niederzuschlagen.

Die revolutionäre Bewegung in Baden kommt in Fluß.

Karlsruhe. Unter den herkömmlichen Beschimpfungen des revolutionären Proletariats als Räuber- und Verbrecherhande wird amtlich aus Furcht vor dem Aufstand der Arbeiter das Verbot aller Versammlungen, Unzüge usw. verhängt.

Mannheim. Hier kam es trotz des Belagerungszustandes zu riesigen Arbeiterdemonstrationen, die zu Kämpfen mit der Polizei führten.

Gegen den Belagerungszustand in Oberschlesien

Aus Mieschowitz, Preußengruben, wird gemeldet, daß die Belagerung sich in großer Aufregung befindet wegen des Belagerungszustandes. Gestern wäre es fast zu einem Streik deswegen gekommen. Es sind Aktionen gegen den Belagerungszustand bei der Empörung der Arbeiter zu erwarten.

Die Bewegung geht deutlich über die Köpfe der Führer der P.S. und der Z.S.P. hinweg.

von der gesamten Konterrorvolution gewonnen wurde, racht den Schrei der Württemberg'schen Bourgeoisie. Während des ganzen inwischen verflochtenen Jahres waren sie bemüht, Vorbereitungen zu treffen, um auch bei allen zukünftigen Kämpfen gegen das Proletariat eine scharfe Klinge schlagen zu können. Sie haben vor allen Dingen die reaktionär gestimmten Beamten zu wirksamen Kämpfern für die Konterrorvolution zu machen gesucht. Von den gegenrevolutionären höheren Beamten wurde ein Druck auf allen Dingen auf die Eisenbahner ausgeübt. Mit zahlreichsten Keinen Bergungsleistungen leidet man sie in die „freiwillige“ Wehrwehr, die offen geschaffen wurde als Kampfmittel gegen das Proletariat. Diese Wehrwehr fand die Anerkennung der bayerischen Reaktion. Lebhafteste Verhandlungen waren in den letzten Monaten im Gange, um auch in Bayern eine gleiche gelbe Kampfgarnison gegen das Proletariat zu schaffen.

Die mitteldeutschen Kämpfe gaben der württembergischen Wehrwehr die erste Gelegenheit zu „praktischer Arbeit“. In einem mit Schießarten versehenen Jagd konnte etwa 200 dieser gelben Söldlinge der Konterrorvolution zum Kampf gegen die arbeitende Arbeiterschaft. Sie werden sich auch diesmal die Jagdzeit ihrer Auftragsgeber erzwingen haben. Das Proletariat wird ihnen bei nächster Gelegenheit mit den ganzen Jagdgerät entgegenkommen, den Betrüder ihrer eigenen Kluge zu vernichten haben.

Ungewöhnlicher Kommunistenprozess.

Der Prozess beginnt unter großen Anwesenheit des Publikums mit dem Hochverratsprozess Rana und Zapotocky.

Angelagt sind 14 Genossen, und zwar folgende: Jaroslaw Andel, Karl Herrmann, Frantislav Ota, Anton Sabot, Zapotocky, Alois Rana, Franz Rapschke, Wenzel und andere Genossen.

Die Anklage gründet sich nicht auf Taten, sondern auf ihre Gesinnung. Der Kommunismus soll gerichtet werden; so will es der Staatsanwalt, so wollen es die Richter dieser Stoa. Die Angeklagten haben gegen den Charakter des ganzen Prozesses mit folgender Erklärung protestiert:

„Die gegen uns wegen Hochverrat erhobene Anklage ergeht sich einerseits in Hypothesen, die der sozialistischen Weltanschauung entliehen sind, andererseits weist sie einen Mangel an trodenen Tatsachen auf, die doch einzig und allein die Grundlage des Verbrechens bilden können, der wir beschuldigt sind. Darum sind wir nicht gewillt, die Unzulänglichkeit der Anklage zu verschweigen und wir erklären alle, daß wir es ablehnen werden, Fragen zu beantworten, die sich auf die Einzelheiten unserer sozialistischen Weltanschauung beziehen, und daß wir nur auf solche Fragen Antwort geben werden, die unmittelbar mit unseren Taten zusammenhängen.“

In der Anklageschrift, die ungemein lang ist und 33 Seiten umfaßt, werden die schwersten Beschuldigungen gegen die angeklagten Genossen zusammengetragen. Nach diesen Beschuldigungen ist die Todesstrafe bevorstehend.

Die Ausnahmejustiz und die Unabhängigen.

W.B. meldet:
Zur Aburteilung der mit der Aufbruchsbewegung zusammenhängenden zahlreichen Straftaten sind durch Verordnung des Reichspräsidenten außerordentliche Gerichte eingesetzt worden, die die beschleunigte Aburteilung der in großer Zahl verhafteten Personen an Stelle der überall stark belasteten ordentlichen Gerichte zur Aufgabe haben. Diese außerordentlichen Gerichte, die mit drei zivilen Berufsrichtern besetzt sind und bestimmte schwere Straftaten (Hochverrat, Aufruhr, Sprengstoffvergehen, Gewalttaten usw.) in dieser Verordnung im einzelnen geregelten vereinfachten strafprozessualen Verfahren aburteilt, sind durch den Reichsjustizminister sofort berufen worden und werden in den nächsten Tagen ihre Tätigkeit beginnen.

Was Severing gestern angekündigt, ist heute schon da: Die Ausnahmejustiz, die die Abschlichtung der kämpfenden Arbeiter vollenden soll. Wie sie „arbeiten“ wird, darüber kann nach den Schandiaten der weißen Justiz in der letzten Zeit kein Zweifel bestehen. Es genügt, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das führende Stimmorgan, die die Aburteilung der „Aufbrüher“ schon mittels des Sprengstoffgesetzes für genügend hält, zu hören:

„An den Richtern wird es nicht fehlen, denn es herrscht unter diesen das Bewußtsein, daß mit der bisherigen Milde und Nachsicht nicht mehr auszukommen ist. Es ist höchste Zeit, daß wir uns daran gewöhnen, Personen, die nach dem Rezept der ehemaligen russischen Wächter arbeiten, nicht als Politiker, sondern als gemeine Verbrecher zu betrachten.“

Der „Freiheit“ scheint vor den Folgen der reaktionären Politik der Unabhängigen jetzt bange geworden zu sein. Sie weiß, daß unabhängige Arbeiter an der Seite der kommunistischen Arbeiter kämpfen und daß die weiße Justiz auch sie zermalmen will. So zertert sie jetzt gegen die Ebertsche Senkerjustiz, gegen die „sie sich ebenso wie gegen das kommunistische Abenteuer mit ganzer Kraft wenden“ will:

„Wenn die Reaktion mit Hilfe einer willfährigen Justiz die ganze Arbeiterbewegung lahmlegen will — und das ist die Absicht dieser Ausnahmegerichte — dann wird sich die Front des Proletariats schließen und in einer einheitlichen Kampffront gegen die Reaktion ein bis hierher und nicht weiter entgegenstellen.“

Hier gesteht also das Menschewistenblatt selber ein, daß dem Willen der Weißen Justiz nur durch die einheitliche Kampffront des gesamten Proletariats begegnet werden kann. Aber die Unabhängigen waren es ja, die sich geweigert haben, mit den Kommunisten die einheitliche Kampffront zur Hebung der Lage der Arbeiterklasse zu bilden und die in diesem Kampfe wiederum die Solidarität mit den kämpfenden Arbeitern verrieten und der Reaktion die schamlosesten Zuhälterdienste leisteten. Indem sie den kämpfenden Arbeitern in den Rücken fielen und sie mit Schmutz bewarfen, haben die Unabhängigen der Bourgeoisie den Freibrief für den Arbeitermord durch die Maschinen-gewehr und durch die weiße Justiz ausgestellt.

Schärfer kann daher die Politik der Unabhängigen Führer nicht gerichtet werden, als die „Freiheit“ selbst es in den oben zitierten Worten tut. Die unabhängigen Arbeiter, von denen wir nicht zweifeln, daß sie über die schändliche Haltung ihres Blattes empört sind, müssen daraus die Lehre ziehen, gegen ihre Führer, die von der einigen Kampffront nur reden, aber sie freis verraten, die Solidarität mit der kämpfenden Vorhut der Arbeiterklasse durch die Tat zu beweisen.

Was geht an der Eisenbahn vor?

Die tatsächlichen Angaben des nachstehenden Artikels werden weit über die Kreise der in erster Linie interessierten Eisenbahner hinaus in der Arbeiterschaft Beachtung finden. In dem zaghaften und zurückhaltenden Ton wird jeder Leser erkennen, daß der Artikel keinen Kommunisten zum Verfasser hat. Wir werden in anderem Zusammenhang das Tatsachenmaterial und insbesondere die Rolle des ADB, einer Würdigung unterziehen.

Die Redaktion.

Diese Frage, die nicht nur die Eisenbahner, sondern alle Arbeiter interessiert, dürfte von jedem leicht zu beantworten sein, wenn er folgende Einladung erst einmal durchgelesen hat:

Abschrift!

Reichsverkehrsminister. Berlin, den 7. März 1921. Wilhelmstraße 79. E. VII. 73. 775.

Am 23. Februar ds. J. fand unter dem Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten eine Besprechung mit den Führern der großen Gewerkschaften statt über Maßnahmen zur Linderung der Arbeitslosigkeit. Vertreten waren die Reichslanzei, das Reichsarbeitsministerium, das Reichspostministerium und das Reichsverkehrsministerium. Das Verlangen der Gewerkschaften ging dahin:

1. Sofort möglichst viele Aufträge an Fabriken außerhalb der bestehenden Fahrzeugindustrie hinausgeben. In erster Linie an die Industrie der besonders notleidenden Bezirke Berlin, Hamburg, Sachsen.
2. Die Industrie solle Kurzarbeit einführen.
3. Die Ausfälle der seither voll Beschäftigten infolge Einführung der Kurzarbeit sollten von den Arbeitnehmern, Industrie und Reich gemeinsam getragen werden.
4. Die Einhaltung dieser, bei Staatsaufträgen den Unternehmern anzubedingenden Vorschriften würde durch die Arbeitsorganisation kontrolliert.

Den Gewerkschaften wurde ausgesagt, daß mit den Lokomotiv- und Wagenverbänden unter Zuziehung der Gewerkschaften und des Arbeitsministeriums im Sinne der gegebenen Anregungen verhandelt werden solle, und zwar soweit die Neubeschaffung und die Verbesserung von Fahrzeugen und die Heranziehung weiterer Werke hierfür in Frage kommen. Diese Besprechung soll am Sonnabend, den 12. d. Mts., nach 3 Uhr, im großen Sitzungssaal des Reichsverkehrsministeriums stattfinden.

Ich stelle ergebenst anheim, dazu Vertreter zu entsenden. Um die Verhandlungen nach Möglichkeit zu erleichtern, wird gebeten, die Zahl der Vertreter möglichst einzuschränken.

In Vertretung gez. Siegel

An

Die zentrale Arbeitsgemeinschaft der industriellen und handwerklichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands, in Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 180.

- a) die Geschäftsstelle des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, in Berlin SW. 1, Kochstraße 9.
- b) den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund in Berlin S.O. 16, Engelstraße 15.
- c) den Verband der deutschen Gewerksvereine, Berlin N.O. 55, Greifswalder Str. 221-23.
- d) das Büro des Herrn Reichspräsidenten in Berlin.
- e) das Reichsarbeitsministerium in Berlin.
- f) das Reichsfinanzministerium in Berlin.
- g) das Reichsjustizministerium in Berlin.
- h) den Norddeutschen Lokomotivverband, z. Hd. des Herrn Geheimen Kommerzienrats, Dr. Ing. E. von Borzsig, Berlin-Tegele.
- k) die Maschinenbauanstalt Humboldt, Adm.-Kast, Berlin.
- l) die Lokomotivfabrik W. Schichau, Elbing.
- m) die Maschinenfabrik J. A. Maffei in München.
- n) die Lokomotivfabrik Krauss & Co. in München.
- o) die Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe in Karlsruhe.
- p) den Verband deutscher Waggonfabriken in Berlin-Charlottenburg, Pleißenstraße 20.
- q) die Gothaer Waggonfabrik A.-G. in Gotha.
- r) die Hannoverische Waggonfabrik A.-G. in Hannover-Linden.
- s) die Christoph & Unmack A.-G. in Miesitz O.-L.
- t) die Maschinen- und Flugzeugfabriken Alfred Döllgigen in Döllgigen, Braunschweig.
- u) die Vereinigte Königs- und Laurahütte A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Berlin, Dorotheenstraße 40.
- v) die Deutsch-Lugemurgische Bergwerks- und Hütten A.-G., Abteilung Dortmund-Union in Dortmund.
- w) die Deutscher & Koppel A.-G. in Berlin SW., Tempelhofer Ufer.

Was besagt diese Einladung? Nicht mehr und nicht weniger als, der Eisenbahnbetrieb soll dem Privatkapital ausgeliefert werden. Die Stimmesuhlen mahlen vorstichtig, aber desto sicherer. Unter dem Deckmantel, nein, sagen wir es besser, unter der in letzter Zeit geradezu zum Schlagwort

An die Leser der „Schles. Arb.-Ztg.“

Arbeiter! Genossen!

Unsere Zeitung ist jetzt verschiedene Tage hintereinander beschlagnahmt worden. Ohne überhaupt die für diese Maßnahmen notwendigen Rechtsbeweise beizubringen, ist die Zeitung aus unserer Druckerei von der Kriminalpolizei abgeholt worden, ja sogar vor dem Druck als staatsgefährlich bezeichnet und verboten worden, trotzdem der Inhalt der maßgebenden Stelle nicht bekannt sein konnte. Unsere Proteste gegen dies rechtswidrige Verhalten fruchteten nichts. Es zeigt sich hier wieder klar, daß eine Zeitung, die entschieden die Interessen des arbeitenden Volkes vertritt, von der heutigen Gesellschaft ohne jeden Schein des Rechts beschlagnahmt wird. Es zeigt aber auch weiter, daß sie jedem Andersdenkenden, d. h. jedem, der nicht nach ihrer Pfeife tanzt, rückwärtslos ihre Macht zeigt.

Trotzdem uns diese fortgesetzten Beschlagnahmungen große Unkosten bereiten, wollen wir, um unsere Leser über den tatsächlichen Stand der augenblicklichen Ereignisse unterrichten zu können, nichts unversucht lassen und keine finanziellen Mittel scheuen. Es darf nicht sein, daß die Arbeiterschaft über die angeblichen Ereignisse im Dunkeln tappt oder nur von der bürgerlichen und rechtssozialistischen Presse falsch oder tendenziös unterrichtet wird.

Unsere Lesern rufen wir daher zu: Bleibt treu der einzigen Zeitung, die die wirklichen Interessen des arbeitenden Volkes vertritt, werbt weiter intensiv für die Verbreitung der

„Schlesischen Arbeiter-Zeitung“.

gewordenen Devise: „Produktive Erwerbslosenfürsorge“, geht man erst an die Werkstätten heran, nimmt ihnen die Arbeit weg und leitet sie dem Privatunternehmertum zu, obwohl, man höre und staune, Werkstätten im Eisenbahnbetrieb vorhanden sind, denen es an Aufträgen mangelt, namentlich im Süden des Reiches, vorweg in Bayern und Württemberg, und obwohl angeblich im Eisenbahnbetrieb über 100 000 Mann zuviel vorhanden sein sollen, wie reimt sich denn das? Man will angeblich die Arbeitslosen beschäftigen, damit sind wir auch einverstanden. Aber so kann es niemals gehen, daß man auf der einen Seite einen Teil derselben unterbringt und auf der andern Seite wieder neue Arbeitslosigkeit hervorruft. Aber darum dreht es sich bei den Herren auch gar nicht. Was fragen denn die danach, ob sowasviel Proleten hungern. Nein, die Beschäftigung der Arbeitslosen ist nur ein willkommener Vorwand, der zugleich dazu dienen soll, die Gewerkschaftsführer für den Plan zu gewinnen. Hat das Unternehmertum erst einmal Aufträge in höherem Maße von der Eisenbahnverwaltung erhalten, so wird das ein Dauerzustand werden, denn schlaue, wie die Stimmesleute nun einmal sind, werden sie argumentieren: Wir haben unsern Betrieb mit großen Kosten für diese Arbeit eingestellt und wollten wir ihn wieder umstellen, so wäre es nicht nur ein Schaden für uns, sondern namentlich für unsere Arbeiter, und mit Hilfe der ja reichlich zur Verfügung stehenden Presse, sowie dem Druck von seiten der Rechtsparteien auf das Parlament würden sie zweifelsfrei ihr Ziel erreichen. Es kommt noch eine andere Frage in Betracht. Es wird klipp und klar nachgewiesen, daß die Reparaturen, die bisher schon von der Eisenbahnverwaltung an Privatunternehmer vergeben wurden, um ein vielfaches teurer zu stehen kamen, als wenn diese Arbeiten in den Eisenbahnwerkstätten ausgeführt worden wären. Dadurch wird der Eisenbahnbetrieb um viele Millionen belastet, und damit natürlich auch der Steuerzahler. Diese Millionen werden aber nicht durch die Löhne der in diesen Privat-

betrieben beschäftigten Arbeiter verursacht, sondern das ist der Profit, der ausschließlich in die Taschen der Unternehmer fließt, es ist Gewinn auf Kosten der Allgemeinheit.

Durch diese Wirtschaft wird aber das Milliardendefizit an der Eisenbahn nicht vermindert, sondern erhöht, aber das ist es ja gerade wieder, was man wünscht. Man will dieses 16-Milliardendefizit gar nicht beseitigt sehen, sondern ist sehr damit einverstanden, wenn es sich noch mehr vermehrt. Damit will man dann den Beweis führen, daß der Staatsbetrieb eine Schuldenwirtschaft darstelle, ein Argument, um jaghafte Gemüter vor der Sozialisierung gruselig zu machen. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, ist das, was hier versucht wird, keine Angelegenheit der Eisenbahner allein, sondern der ganzen deutschen Arbeiterklasse, und die Arbeiter der Privatindustrie sollten nicht verkennen, daß sie, wenn sie den Eisenbahner weitere Arbeit aus ihren Werkstätten fortnehmen, vielleicht momentan einen kleinen Vorteil für sich haben können, aber der Einsatz, der gemacht werden muß, überwiegt diese kleinen momentanen Vorteile um ein gewaltiges, denn zweifelsohne werden dadurch Eisenbahner arbeitslos, somit wird das Arbeitslosenheer nicht verringert, weiter wird das Milliardendefizit an der Eisenbahn vergrößert, dadurch der einzelne wieder mit mehr Steuern belastet, und drittens, und das ist wohl das wichtigste für jeden Sozialisten, fällt, daß wir zur Sozialisierung der Eisenbahn kommen, führt dieser Weg rückwärts zur kapitalistischen Privatwirtschaft, und dazu sollte sich kein Arbeiter hergeben, sondern die Parole muß heißen: Stimmesleute, Hände weg von den teilweise sozialisierten Unternehmen der Eisenbahn. Woher rührt denn das 16-Milliardendefizit an der Eisenbahn? Diese Summe ist in Form von übertrieben hohen Materialpreisen in die Taschen der Unternehmer gewandert. Wäre der Eisenbahnbetrieb ein wirklich sozialisiertes Unternehmen gewesen, dann hätten wir dieses Defizit nicht, diese 16 Milliarden sind in die Taschen der Kohlen-, Hütten- und Eisenbahnarbeiter in erster Linie gewandert. Nun ist aber eins sonderbar, und das ist das, daß an dieser Sitzung, die am 13. März 1921 stattgefunden hat, der Deutsche Eisenbahner-Verband, der doch in erster Linie an diesen Vorgängen interessiert sein mußte, nicht teilgenommen hat, während die Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Organisationen der Eisenbahner vertreten waren, auch der Genosse Dörmann vom Metallarbeiterverband war anwesend. Ihm war die Sitzung so wichtig, daß er eine namentliche Abstimmung im Reichstag, zu der man ihn telephonisch rief, einfach schwimmen ließ mit der Begründung, hier bin ich notwendiger. Für Dörmann scheint die Sache so zu stehen, um im Metallarbeiterverband ein paar lumpige tausend Mark Arbeitslosenunterstützung zu sparen, ist er gewillt, den Staatsbetrieb den Stimmesleuten zu opfern, denn das, was hier vorläufig noch vorsichtig, versteckt und zaghaft vorgenommen wird, ist nur der Anfang von einem bösen Ende, das sollte doch auch einem Dörmann einleuchten. Wir sind gespannt, wie er die ganzen Sachen den Werkstättenarbeitern der Eisenbahn, die auf dem 17. April von ihm zu einer Konferenz zusammenberufen sind, schmachtend machen wird. Wir haben uns beim Deutschen Eisenbahnerverband erkundigt, und wurde uns mitgeteilt, daß der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes von der ganzen Angelegenheit erst nachträglich erfuhr und von keiner Seite zu der Besprechung eingeladen wurde, auch nicht vom ADB, das läßt tief blicken, dahinter kann man allerlei vermuten. Uns scheint, man wollte sich eine Sache, die als Arbeitsgemeinschaftsprüfung geboren wurde, von Seiten des Deutschen Eisenbahnerverbandes, die, soviel uns bekannt ist, Gegner der Arbeitsgemeinschaften sind, nicht stören lassen, darum schaltete man sie wohl aus.

Aus der Provinz.

Drageschaffiere als „Grubenwächter“.

Aus Rothenbach erhalten wir die Nachricht, daß dort in der Grube „Abendbröte“ ein Major v. Flotow, ein weiterer Offizier und zwei Markburger Mörderstudenten, denen der Boden in ihrer Heimat zu heiß ist, als Wächter eingestellt sind.

Eine am 23. März stattgefundene Belegschaftsversammlung nahm hierzu Stellung und beschloß zunächst, auf dem Verhandlungsweg die Entfernung dieser Arbeiterbeschäftigten zu verlangen. Wenn dies keinen Erfolg haben sollte, dann werden die Arbeiter in Aktion treten.

Auch hier wieder ein Beispiel von der immer größeren Freiheit der Grubenbarone. Ordnung von Fabrikbesitzern aus „zuverlässigen“ Leuten. Niederzuschlagen aller wirtschaftlichen Kämpfe.

Die Arbeiter müssen erkennen, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, wo nicht nur die Drageschaffiere, sondern das ganze Kapitalstengeschweif aus den Betrieben geschmissen werden muß. Die Fabriken, die Gruben in die Hände der Arbeiter.

Die Gahnauer Arbeiter gegen die Dragesch.

Am Dienstag, den 23. März, fand in Gahnau eine gut besuchte, von der ADB. einberufene Versammlung statt. Der von der Bezirksleitung gesandte Referent schilderte trefflich die heutige wirtschaftliche und politische Lage. Er legte auseinander die Wirkung, welche die Kapitalisten durch die Sabotage der Londoner Verhandlungen über die Arbeiter gebracht haben und bringen werden müssen. Um diese Sabotage erfolgreich durchzuführen, das Bestreben der Unternehmer alle Industriezentren und Betriebe mit Sipo und Dragesch zu besetzen. Das Kapital braucht willige, billige Arbeitskräften.

Der Redner ging ein auf die oberste Frage und betonte die Notwendigkeit, daß sich alle Arbeiter, losgelöst von der nationalistischen Gege, zusammenfinden müssen, um gegen polnische und deutsche Ausbeutung zu kämpfen.

Die Gründung der Orgesch in Gannau beweist ebenfalls trefflich die Notwendigkeit, dem trotz aller Verbote hervorgetretenen Bürgertum entgegenzustellen die bewaffnete Macht des Proletariats.

Wenn auch die Orgeschbanditen ihre Zugehörigkeit zur Erscher abstreiten, so sind diese "Vereine" nicht weniger harmlos, auch wenn sie unter dem Namen "Heimatschutzverband verfassungskreuer Schlesier" laufen.

Am Schluß der Versammlung wurde eine Resolution angenommen, nach welcher sich alle Teilnehmer verpflichten, in dem jetzt entbrannten Kampfe ihren Mann zu stehen bis zum äußersten. Alles daran zu setzen, um auch den letzten Arbeiter heranzuholen zum Entscheidungskampfe.

Lokales.

Breslau, den 1. April 1921.

Die Breslauer Dynamit-Attentate.

Arbeiter! Die bürgerliche Presse, einschließend der "Volkswacht", lobt und wütet. Den Pressebanditen ist jedes Mittel recht gegen die Kommunisten zu gehen.

Karfreitag morgen wurde in der Tauentzienstraße ein Büro des Plebiszitarkommissariats für Oberschlesien gesprengt. Jeder Mensch, der die Tätigkeit dieses Büros kennt, mußte sofort auf den Gedanken kommen, diese Sprengung kann nur von fanatischen Polen herrühren. Die "Breslauer Morgenzeitung" hatte aber nichts eiligeres zu tun, wie drei Stunden nach dem Attentat ein Extrablatt heraus zu geben mit der Behauptung, die Kommunisten hätten eine Bank gesprengt. Auf ein paar mehr oder weniger Lügen kommt es diesen Presseheiden ja nicht an, auch nicht auf die Widersprüche, die in dem Extrablatt vorhanden waren. In einem Satz behauptete man, die Kommunisten gebrauchten Geld zur Aktion, in einem anderen Satz behaupteten sie, die Volkswacht wollten für ihre den Kommunisten gegebenen Millionen Taten sehen und jetzt hat es sich heraus gestellt, daß in den Räumen, wo die Sprengung unternommen wurde, sich gar keine Bank befindet. Die Arbeiter werden nun wissen, was sie von diesen Zaren-Nachrichten der kapitalistischen Presse zu halten hat.

Dienstag, den 29. März, mittags zwischen 12 und 1 1/2 Uhr erfolgte in den Räumen der "Schlesischen Arbeiter-Zeitung" eine Explosion, und wiederum wurde sofort die Nachricht verbreitet, die Kommunisten hätten ihr eigenes Büro in die Luft gesprengt. Unsere Gegner scheinen zu glauben, jeden Blödsinn bei ihren Lesern anbringen zu können. Abgesehen davon, daß es Wahnsinn wäre, bei sich selbst in eigenen Büroräumen großen Schaden anzurichten, muß es

jedem denkenden Arbeiter klar sein, daß jetzt alles von unseren Gegnern versucht wird, um uns zu provozieren. Interessant ist dabei, daß die Explosion an demselben Tage stattfand, wo die große Demonstration auf dem Balaisplatz stattfinden sollte, das sagt jedem klar sehenden Menschen, daß nur Spigelarbeit in Betracht kommen kann. Eine Viertelstunde vor dem Attentat versammelten sich die anwesenden Genossen im vorderen Büroraum, um darüber zu beraten, was zu tun sei wegen des Verbots der Demonstration durch den Polizeipräsidenten und nur diesem Unfall ist es zu verdanken, daß keiner der Anwesenden verletzt wurde, da der Sprengkörper durch einen Spiegel in das Klosett geflegt wurde. Dieses Klosett aber jedem Menschen zugänglich ist.

Nach diesem Attentat wurden eine Reihe von Genossen verhaftet. Für uns ist es selbstverständlich, daß diese Genossen mit der Explosion nicht im Zusammenhänge stehen, es wird auch nie der Beweis erbracht werden können. Andererseits ist es uns aber klar, daß man unsere Genossen nur deshalb festhält, weil man den Arbeitern in der jetzigen Situation der Führer berauben will. Man schreibt zwar in der bürgerlichen Presse, daß die revolutionäre Bewegung im Aufstehen sei. Bis jetzt steht aber fest, daß die Generalstreikbewegung immer mehr und mehr um sich greift und nur deshalb, weil die wirtschaftliche Lage in Deutschland den Arbeitern jede Existenzmöglichkeit raubt. Daß die SPD-Presse, genannt "Volkswacht", sich auf die Seite unserer Gegner schlägt, ist ja selbstverständlich, da seit 1914 bis heute die SPD-Führer nur die Geschäfte der Reaktion und Kapitalisten besorgt hat. Daher gilt es für alle, die Augen und Ohren haben, diese aufzumachen, damit sie nicht wie bisher weiter belogen und betrogen werden können. Wer die Schreibweise der "Volkswacht" seit einer Reihe von Jahren verfolgt hat, wird gefunden haben, daß von Sozialismus bei diesem Blatte nicht mehr geredet werden kann, sondern daß diese nur noch die Ablagerungsstätte für die Helfershelfer der Reaktion ist.

"Deutsche Treue" und Posener Flüchtlinge.

Die Stadt Breslau dürfte bezüglich ihrer Anstrengungen, den Oberstleutnant die "Deutsche Treue" zu beweißen, unter allen Städten des deutschen Reiches an erster Stelle stehen. Da genügt es sich wohl einmal festzustellen, wie sich diese "deutsche Treue" der Breslauer gegenüber den Posener Flüchtlingen bewiesen hat. Von einem Leiter unseres Blattes erhalten wir hierüber folgende Angaben:

Im September 1919 wurde mir seitens der polnischen Behörden mein Dienstverhältnis gekündigt. (Die Provinz Posen wurde bekanntlich unmittelbar nach der Revolution polnisch). Ich betam die Verlegung nach Breslau und ließ mich hier auf dem Wohnungsamt für eine Wohnung eintragen. Bis Juli 1920, also volle zehn Monate habe ich warten müssen, bis es mir mit Einwilligung des Wohnungsamts gelang, eine Notwohnung, be-

stehend aus zwei dampfen Kellerräumen, zu mieten, von denen der eine Raum infolge seiner Risse nicht einmal als Kumpelkammer zu verwenden ist, sodas ich gezwungen bin, mit meiner Frau und einem erwachsenen Sohn in einem primitiven, stinkenden Kellerraum, das zugleich als Küche, Wohn- und Schlafstube dient, mein Dasein zu fristen. Da sich dieses Kellerraum zudem in einem "besseren Hause" befindet, bin ich in meiner Bewegungsfreiheit fast beeinträchtigt. Das Recht, mir nach vollbrachter Tagelohnarbeit mein Schutzwert in Stand zu setzen, da mein Verdienst nicht ausreicht, um diese Arbeiten einem Schutzmacher zu übertragen, will man mir durchaus streitig machen. Der Direktor der Linde Holzmühle, Weich, der eine 6-Zimmerwohnung im I. Stock bewohnt, tut sich in der Erfindung immer neuer Schikanen ganz besonders hervor.

Es sei nun hier die Frage aufgeworfen: Kann dem Wohnungselend abgeholfen werden? — Ja, es ist ein Ausweg vorhanden. Den kann sich das Proletariat aber nur selbst bahnen. Und er geht nur über die geschlagene Gegenrevolution. Darum Arbeiter, wenn ihr nicht länger wollt in elenden Höhlen wohnen, während die Reichen Paläste besetzen, wenn ihr nicht länger hungern wollt, während die Bourgeoisie schlemmt, wenn ihr eure Kinder vor Hunger und Elend bewahren wollt, dann müßt ihr verhindern, daß das Kapital aus eurer Arbeitskraft Riesengewinne schindet. Dann müßt ihr aufstehen und kämpfen, jeder Tag, den ihr noch wartet, bringt euch tiefer ins Elend.

Sammlungen für den Wahlfonds.

Aus folgenden Ortsgruppen gingen Beträge ein:
Obrigunde Nieder-Zalzbrenn. Liste 753 30.—, Liste 754 100.—, Liste 755 65.—, Liste 756 4.—, Liste 757 69.—
Weißkorn. Liste 772 12.—, Liste 774 48.—, Liste 775 15.—, Liste 776 35.—, Liste 777 73.—
Vehmwasser. Liste 784 72.20, Liste 785 15.50.
Fellhammer. Liste 807 41.50, Liste 808 76.—
Waldenburg. Liste 768 174.50, Liste 769 71.—, Liste 770 96.10, Liste 771 84.50, Liste 772 49.80, Liste 818 27.50, Liste 819 10.—

Warnung vor Provokateuren!

Wie immer, so sind auch jetzt überall Spitzel am Werke, die beauftragt sind, alles zu tun, um Verwirrung in die Reihen der Arbeiterschaft zu bringen. Sie benutzen jede Gelegenheit, um zu unbesonnenen Handlungen aufzufordern; sie verrichten die Arbeit der Konterrevolution. Hört auf niemanden als auf die von Euch eingesetzten Körperschaften. Glaubt niemandem, den Ihr nicht persönlich ganz genau kennt.

Herausgeber: Sozialistischer Verlag e. V. m. b. H. Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Ernst Beder, für Inserate: Sozialistischer Verlag e. V. m. b. H. Druck: Buchdruckerei Büchel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater.
Freitag 7 Uhr:
Der Barbier von Sevilla.
Sonntag 7 Uhr:
Don Giovanni.

Jobe-Theater.
Freitag 7 Uhr:
Aber unsere Kraft
1. und 2. Teil.

Chalia-Theater.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Die Klaus.

Schauspielhaus.
Opernabende. 21. u. 25. 15
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Dame in Rot.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Die Rose von Stambul
Montag 7 1/2 Uhr:
Die Blaue Majur.

Liebig-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der große Erfolg des April-Programms.

Kammer-Lichtspiele
Schweidnitzer Straße.
Friedrich Zelnik
in
Großstadtinder
(Die gelbe Frazee)
modernes Abenteuerromän
in 5 Akten.
Dazu:
Mia Pankou
in
Wenn Frauen
leben u. lachen
Der größte Szenen- und
Gesellschaftsspiel.

ZEPTER-KINO
Der Mann ohne Namen
1. Teil
6 Akte.

Almetalle
kauft
Loksch, Neumarkt 26.

Matthias-Kino.
Matthiasstraße 38
und Moltkestraße 9.

Der Ruf
über
das Meer
6 Akte.
Fern:

Die sieben Gesichter
5 Akte.
Bühnenschauspiel:
Lustspiel-Sketch
Das
Abenteuer
in dem
Notdurftstörchen

Palast-Theater
Der Verächter des Todes
— 6 Akte —
Dazu:
Das große Plakat
oder:
"La Papioua"
die Verberchridva
6 Akte.

Helios-Kino
Salzstraße 2/4
Spielplan von Freitag, den
1. 4. bis Montag, d. 4. 4.

Sündige Mütter
Großes Sittendrama in
2 spannenden Akten.
Hauptrollen:
Lena, Lohnd, Cassel, Frau,
Herr, Akt, Oskar, Franz.
Ausscheidung:
Elys Brautfahrt
Großes Lustspiel
in 3 Akten.
Trotz d. Herz. d. 5. 1.
Das Hexenlied
Gew. Sensationsdrama aus
dem Mittelalter.
Hauptrollen: Marie, Trümmer
und das glänzende
Bisprogramm.

Händlerpreisliste gratis
P. Müller, Nikolaistr. 16/17

Circus
Carl Hagenbeck
Circus Busch-Gebäude
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das sensationelle Programm

Zum Schluß:
Der Sklavenhändler
Vorverkauf:
Barasch u
Circusbüro täglich 10—1
und ab 4 Uhr.
Tel. Ring 5224

Ober-Bayern
Gartenstr. 65
Täglich
die urfidelen
Oberlandler
Esmer, Stimmung, Szal.

Herrn-Modere
wie: Anzüge, einzelne
Jackets, Joren, Socken,
Sommer- u. Herbergeber,
Gewand-Anzüge und
Wollstoffe
aller Art,
auch Schme und Stoffel,
neu und gebraucht
kauft
Hadamek
Brandenburger Str. 9, III.
Händler! Hansierer!
Lager! Verkaufslager billig
alle Waren (Zeite 2,50,
Strohspinn 38 Pf. bei
L. Lobenz, Holzstraße 7.

Achtung! Wo?
kocht man neu und gebr.
Mittel sowie ganze Ge-
richtungen an billigsten
und vorzüglichsten?
Bei **H. Kluge**,
Neumarkt 12, nur 1. Etg.

Der Hennig-Creme
überall erhältlich
H. Hennig, Hinterleiche 5/6.

Bekanntmachung.
Auf Grund der Annahme des Herrn Reichs-
Ministers für Volkswirtschafts- und
Landwirtschaftsangelegenheiten vom 9. De-
zember 1919 (Preussische Gesetzgebungsgesamtsamml. S. 187) hat
der Reichsausschuss für die Festsetzung einer
Höchstpreise für Milch-Produkte ihren
Beschluss zu Breslau am 12. März 1921 die Höchstpreise für
Milch-Produkte
für Milch angesetzt auf 20 Pf. —
für Sahne angesetzt auf 40 Pf. —
für Butter angesetzt auf 40 Pf. —
für Käse angesetzt auf 40 Pf. —
Jedem
zur Kenntnisnahme vom 1. Juli 1914 einschließlich des
Beschlusses am 2. März und Einzelheiten mit der
Preisgabe jedweder für Milch-Produkte an-
zusetzen vom 1. Juli 1914, geltend.
Der Reichsaussch.
24. Dr. Wagner.

Raulino Tabak

einmal versucht
immer verlangt.

Schäg, roter Streifen 50 Gr. Mk. 2.50
" lila " 50 " " 2.75
" grüner " 50 " " 3.00
" schwarzer " 50 " " 4.00

Zu haben in den Zigarren-Geschäften.

Vertretung für Schlosien:
Eurt Friedlaender, Breslau 13
Gutenbergstraße 10
Fernsprecher: Ring 361.

Zeitungsfremdwörter
Politische Schlagworte.
Preis 2.00 Mark.
Kommunistische Bücherei
Breslau 5, Gräßhener Straße 45.

Höchstpreis für Butter!
Nachdem der Herr Regierungs-Präsident den
Erzeugerhöchstpreis für Butter für 50 kg auf
RM 1600 für Handelsware I
festgesetzt hat, verordnet wir auf Grund des § 29
der Bekanntmachung über Preisfestsetzung u. 20. Juli 1916
(RGL S. 25), §§ 9 und 13 der Bekanntmachung des
Präsidenten des Reichsausschusses für die Festsetzung
vom 25. August 1917 über die Preise für Butter
(RGL S. 151) und ihrer Ausführungsbestimmungen:
1. Der Höchstpreis für Butter im Kleinhandel
wird für Handelsware I (Ware von einwandfrei-
ster Beschaffenheit) auf 20 RM für das Pfund
festgesetzt.
2. Als Kleinhandel gilt der Verkauf an den
Bestandhaber, soweit er Mengen von nicht mehr als
5 kg zum Gegenstande hat.
3. Dagegen Anwendung tritt am 1. April 1921 in
Kraft. Mit dem gleichen Zeitpunkt wird die An-
ordnung über Höchstpreise für Butter v. 14. Mai 1920
(Gem. H. S. 405) aufgehoben.
4. Preisveränderungen werden nach § 4 der
Bekanntmachung vom 3. Mai 1918 (RGL
S. 263) gegen den Reichsausschuss mit Gefängnis und
mit Geldstrafe bis zu 200 RM. oder mit einer
beider Strafen bestraft.
Der Registre.

Empfehlenswerte Bücher:

Das kommunistische Manifest. Mit einem
Vorwort und ausführlichen Namens- und
Fremdwörterverzeichnis. Herausgegeben
von Dr. H. Duncker. RM. 2.—

Franz Mehring, Deutsche Geschichte. RM. 12.—

Karl Marx, Lohnarbeit und Kapital. RM. 1.50

Pannekoek, Marxismus und Darwinismus. RM. 1.75

Kropotkin, Gegenseitige Hilfe in der Tier-
und Pflanzenwelt. RM. 1.90

Friedrich Engels, Politisches Vermächtnis. RM. 8.—

Zeitungsfremdwörter und Politische Schlag-
wörter von Braun. RM. 2.—

Zu beziehen durch:
Komm. Bücherei, Breslau 5,
Gräßhener Straße 45.

**Inserate haben in der "Schlesischen
Arb.-Ztg." größten Erfolg.**